



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

11. JAHRGANG • NR. 72

OKTOBER 2012

STANDPUNKT

- 2 Für mehr Lärmschutz am Köln Bonn Airport

WAHLKREIS

- 3 Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger
- 4 Porzer Schülerin berichtet über ihr Jahr in den USA mit einem Bundestagsprogramm
- 5 „Themenwoche gegen Rechts“ in Kalk
- 5 Ehrung für Robert Jäger

NRW

- 5 Landesparteitag der SPD

POLITISCHE SOMMERTOUR

- 6 Zwischen Dom und Wahner Heide

KÖLN

- 8 Veranstaltung mit Martin Schulz zur Zukunft Europas am 13. November
- 8 Diskussion zur Integrationspolitik mit Aydan Özoguz
- 9 Veranstaltung mit Prof. Welfens zum Euro
- 9 Abschiedsfeier für Renate Dinkelbach

BUNDESTAG

- 10 SPD-Fraktion beschließt Breitbandkonzept
- 10 Besuchergruppe aus dem Wahlkreis
- 11 Lisa Hammelrath: Praktikum im Berliner Büro
- 12 SPD-Antrag zur Medienvielfalt
- 12 Bestnote bei „abgeordnetenwatch“
- 13 Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion
- 14 Steinbrück-Konzept zu den Finanzmärkten

SPD

- 15 Entwurf für ein neues Rentenkonzept

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2012, Büros, Impressum



Peer Steinbrück

Der designierte Kanzlerkandidat der SPD legte ein viel beachtetes Papier zur Bändigung des Finanzsektors vor (Bericht auf Seite 14)

10 Jahre Berlin Depesche

Im Oktober 2002 erschien die erste Ausgabe unserer Wahlkreiszeitung. Wir bedanken uns bei allen Leserinnen und Lesern für das Interesse und die treue Unterstützung!

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 1. 10. 2012

Für mehr Lärmschutz am Köln Bonn Airport: ehrlich und konsequent Notwendiger Maßnahmenmix nach Stopp des Passagier-Nachtflugverbots

Liebe Leserinnen und Leser,

Bundesverkehrsministers Ramsauer (CSU) hat Anfang September das von der rot-grünen Landesregierung geplante Nachtflugverbot für Passagiermaschinen am Flughafen Köln Bonn im Hinblick auf die bestehende Betriebsgenehmigung bis 2030 aufsichtsrechtlich gekippt.

Angesichts der geweckten Erwartungshaltung ist die Enttäuschung vieler Anwohner/innen über die Entscheidung mehr als verständlich. Für diejenigen, die die rechtlichen Rahmenbedingungen kannten, kommt sie jedoch keineswegs überraschend.

Zudem muss man offen sagen: Selbst ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen hieße nicht ohne Weiteres, dass es zu spürbaren Entlastungen für die Nachtruhe kommen würde, die wir ja alle wollen. Zum einen ist die Zahl der Frachtflüge wesentlich höher. Zum anderen: Wenn Passagierflüge wegfallen, könnten die dann frei werdenden (knappen) Slots von den deutlich lautereren Frachtmaschinen genutzt werden. Am wirksamsten für den Lärmschutz wäre es deshalb, lautes Frachtfluggerät durch leisere Maschinen zu ersetzen.

Das Ergebnis sollte bei allen Beteiligten und Kommentierenden zum Anlass für einen neuen Dreiklang in der Nachtflugdebatte genommen werden: Was wir nun brauchen ist insgesamt mehr Ehrlichkeit, eine Intensivierung des Dialogs und die Umsetzung zusätzlicher Initiativen für mehr Lärmschutz. Wer etwas für einen besseren Lärmschutz für die Anwohner/innen des Flughafens erreichen will, muss sich auf eine konsequente Umsetzung des rechtlich und wirtschaftlich Machbaren konzentrieren – und sollte keine falschen Erwartungen wecken, die nur enttäuscht werden können.

Basis eines neuen Dialoges sollte das Bekenntnis sein, dass wir vor einem schwierigen Spagat stehen: Einerseits müssen wir den Logistikstandort Köln sichern, für den ein leistungsstarker Flughafen mit hohem Frachtfluganteil nicht mehr wegzudenken ist. Andererseits muss der Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner noch deutlich verbessert werden, auch wenn es in der Vergangenheit bereits durchaus Erfolge gab. Unabhängig vom

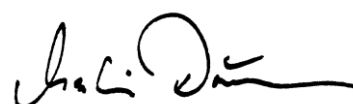
Streit über wissenschaftliche Untersuchungen ist doch jedem klar: Lärm schadet der Gesundheit! Deshalb müssen alle rechtlich und ökonomisch vertretbaren Maßnahmen ergriffen werden, um den Schutz der Anwohner/innen zu verbessern und Fluglärm wirksam zurück zu drängen.

Hierbei geht es um einen Maßnahmenmix. Dazu zählt die zügige Umsetzung von Erkenntnissen der Lärmforschung, beispielsweise durch moderne An- und Abflugverfahren, die Lärmbelastigungen deutlich absenken helfen. Durch eine kluge Gebührenpolitik, die leise Maschinen belohnt und laute Maschinen insbesondere nachts stärker belastet, kann ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, Nachtflüge zurückzufahren und lautes Fluggerät durch geräuscharme Maschinen zu ersetzen - namentlich die nach heutigen Maßstäben besonders laute MD 11, die UPS erst ab 2020 durch moderne Maschinen ersetzen will. Dieser Weg sollte beschleunigt und noch konsequenter als bisher verfolgt werden. FedEx hat mit der Umstellung auf die deutlich leisere Boeing 777 vorge gemacht, dass es geht. Eventuelle Gebührenmehreinnahmen für den Flughafen sollten dem passiven Lärmschutz zugutekommen, so dass die Bürgerinnen und Bürger in jedem Falle profitieren würden. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die aktuelle Ankündigung der Flughafenleitung für ein neues Gebührenmodell ab 2013, das nächtliche Flüge teurer macht und Lärmzuschläge auf besonders laute Maschinen erhebt.

Im Gegensatz zu anderen Parteien haben sich die Kölner SPD und ihre Abgeordneten bei diesem sensiblen Thema stets für einen ehrlichen und nachhaltigen Weg ausgesprochen. Auch in Zukunft sind für uns Ergebnisse maßgebend, keine falschen Versprechungen. Unseren konstruktiven Dialog mit dem Flughafen sowie seinen Anwohnern und Nutzern werden wir deshalb fortsetzen.

Herzlichst

Euer



Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger (Auszug)

„Der Bahnknoten Köln ist ein Nadelöhr“

Welche Aufgaben haben Sie in Berlin übernommen?

Meine Arbeitsschwerpunkte sind Wirtschafts-, Medien- und Netzpolitik. Ich bin medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Inwieweit geht es dabei auch um Kölner Themen?

Da ist zum Beispiel die Raumfahrt, für die ich innerhalb der meiner Partei zuständig bin. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt gehört zu den herausragende Forschungseinrichtung. Ich helfe dabei, dass für Aufgaben ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Schließlich geht es um Innovationen mit großen wirtschaftlichen Auswirkungen.

Und inwieweit ist Köln von Entwicklungen bei der Netzpolitik betroffen?

Was die Infrastruktur angeht ist Köln vergleichsweise gut aufgestellt. Denn ein städtisches Unternehmen baut hier sukzessive ein eigenes Glasfasernetz auf, das höhere Bandbreiten, also mehr Datenmengen in kürzeren Zeit erlaubt. Der Breitbandausbau hat ein riesiges Investitionspotenzial. Ich bin froh, dass ein Kölner Unternehmen sich daran beteiligt und davon profitiert.

Woran hapert es denn Ihrer Meinung nach in Köln?

Ein besonderes Nadelöhr ist der Bahnknoten Köln. Hier brauchen wir so etwas wie ein Projekt „Köln 21“. Die Schieneninfrastruktur muss so ausgebaut werden, dass sie die weiter zunehmenden Verkehre aufnehmen kann und sich Personen- und Güterverkehr nicht gegenseitig behindern. Dann kann auch die Taktfrequenz verkürzt werden, wovon gerade der Porzer Nahverkehr profitieren würde. Das hängt übrigens nicht nur von Entscheidungen der Bahn ab, sondern auch von der Politik. Den die muss letztlich der Bahn die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Was bewegt die Gemüter der Parlamentarier zur Zeit am meisten?

Das ist sicher die Bewältigung der Staatsschuldenkrise und die Zukunft des Euros. Der Parlamentsbetrieb wird davon zu mindestens einem Drittel beherrscht. Die Euro-Debatte macht uns mehr und mehr Bauchschmerzen. Denn alle Optionen bergen große Risiken für unseren Wohlstand. Einen Königsweg können uns bislang auch die Experten nicht weisen.

Und wenn Sie in Köln sind, was machen sie dann?

Gerade läuft meine traditionelle Sommertour, mit vielen Besuchen von Unternehmen und Einrichtungen. Auch ansonsten sind die sitzungsfreien Wochen in Köln immer voll durchgeplant. Dazu gehören die

Bürgersprechstunden, bei denen es zum Beispiel darum geht, auf politische Sorgen einzugehen oder bei Problemen mit Behörden zu helfen. Außerdem verlassen mich die Berliner Themen auch in meiner Heimatstadt nicht. Ich bearbeite täglich Dutzende von E-Mails, beantworte Presseanfragen und schreibe Texte für die nächste Sitzungswoche.

Sie waren für kurze Zeit auch Mitglied im Verteidigungsausschuss. Was glauben Sie, wie sich der Bundeswehrstandort Wahn in den kommenden Jahren entwickeln wird?

Durch die Bundeswehrreform werden auch in Köln Dienstposten verloren gehen. Die Luftwaffenkaserne Wahn bleibt aber die größte ihrer Art in Deutschland. Ich habe kürzlich mit dem Kasernenkommandanten gesprochen, der die Einschätzung hat, die Reduzierungen seien letztlich verkraftbar. Wichtig wird aber sein, die notwendigen Mittel zu bekommen, damit beispielsweise die Kaserne den Planungen entsprechend umgestaltet werden kann.

Sie sind Rechtsanwalt. Was hat Sie zur Politik gebracht?

Ich bin 1979 mit 16 Jahren Mitglied der Jusos geworden. Das war damals eine hochpolitische Zeit, vor allem mit den Friedensmärschen und den Anti-AKW-Kampagnen. Später war ich Mitglied der Bezirksvertretung Rodenkirchen und ein Jahrzehnt lang stellvertretender Vorsitzender der Kölner SPD. Näher an die Bundespolitik hat mich meine Tätigkeit als Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros von Anke Fuchs und Renate Schmidt gebracht. Da habe ich es als konsequent empfunden, 2002 erstmals für den Bundestag zu kandidieren.

Macht die Arbeit noch Spaß?

Ja, jedenfalls überwiegend. Einerseits ist es ein Stressjob mit 70-Stunden-Woche, der insofern nicht unbedingt vergnügungssteuerepflichtig ist. Auf der anderen Seite kann man mitgestalten, kommt mit Menschen zusammen und wird täglich neu herausgefordert.

Was frustriert Sie am meisten?

Wir sind als Abgeordnete immer stärker ins Tagesgeschäft und in Terminverpflichtungen eingebunden. In einer sich beschleunigenden Gesellschaft haben wir meist zu wenig Zeit, um grundlegende Fragen wirklich tief zu reflektieren. Gerade angesichts der komplexen Entscheidungsprozesse im Bund, in Europa oder in einer Fraktion fühlt man sich manchmal schon eher als ein kleines Rädchen im Getriebe, das funktionieren muss.

Das Interview führten Roland Schriefer und Michael Heeg. Es ist erschienen im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 14. August 2012 (Ausgabe Porz).

Porzer Schülerin Johanna Lammers verbrachte 12 Monate in Maryland

Im Rahmen des Parlamentarischen Partnerschaftsprogrammes (PPP) erhielt die Porzer Schülerin **Johanna Lammers** die Möglichkeit eines einjährigen Stipendiums im US-Bundesstaat Maryland. **Martin Dörmann** wählte sie unter mehreren Bewerbern aus. Wieder zurück in Deutschland berichtet die 17-Jährige an dieser Stelle über ihre Erfahrungen mit Land, Leuten, Schule und Familie:

Ich hatte mich bereits 2009 für das Parlamentarische Partnerschafts-Programm beworben, war zu dem Zeitpunkt aber noch zu unreif dafür. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der U.S.A., welches Jugendlichen die Möglichkeit gibt, für ein Jahr als Botschafter in die U.S.A. zu gehen. Ich wurde von der Austauschorganisation als mögliche Kandidatin ausgewählt und gehörte zu den drei Finalisten, die sich in Köln-Porz mit dem Abgeordneten der SPD, Herrn Martin Dörmann, treffen durften. Zu meinem großen Glück entschied sich Herr Dörmann dieses Mal für mich und so wurde mein Traum wahr, ich erhielt die Möglichkeit für ein Jahr nach Amerika zu gehen und dort die Highschool zu besuchen.

Meine Gastfamilie lebte in Maryland, ich befand mich also für amerikanische Verhältnisse in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Washington D.C. und war dann auch ein paar Mal während meiner Zeit in den Staaten dort. Anfang des Jahres besuchte ich mit einer kleinen Gruppe von anderen Austauschschülern sogar den Amtssitz des Präsidenten, das White House. Das war etwas wirklich Besonderes. Wir durften uns einige der vielen Räume im Erdgeschoss ansehen, die ganz beeindruckend sind. Zum Ende meines Jahres habe ich noch einmal mit ein paar Stipendiaten zwei Tage in Washington D.C. verbracht. Wir bekamen eine Führung durch das „Capitol“, dem Sitz des Kongresses und trafen sogar den für unseren Bezirk zuständigen Senator.

Mir ist in diesem Jahr in Amerika bewusst geworden, dass es viele Unterschiede zwischen meinem Heimatland und meinem Gastland gibt, unterschiedliche Schulsysteme und Unterschiede in der Lebensweise und der Sichtweise. Das amerikanische Schulsystem unterscheidet sich schon sehr vom deutschen System, dabei fand ich die größere Auswahl an Schulfächern in Amerika am besten. An meiner High School zum Beispiel konnte man „Business Management“ oder „Fitness Walking“ belegen. Da ich in Deutschland schon jahrelang Fußball gespielt hatte

und es auch an der Schule angeboten wurde, fing ich sofort mit dem Fußball an. Der Trainer des Kurses war großartig – so einen engagierten und selbst sehr sportlichen Trainer hatte ich in Deutschland nie.

Die Anforderungen in der Schule waren nicht sehr hoch, ich kam gut klar. Es gab immer mal wieder Dinge, die mich erstaunten, über die ich nachgedacht habe. Einmal erzählte eine Mitschülerin im Fach „American History“, dass sie in ihrem Deutschkurs das Buch „Mein Kampf“ von Adolf Hitler lesen würde. Es hat mich sehr gewundert, dass man das in Amerika im Deutschunterricht liest!



Ich hatte ein tolles Jahr und ich hoffe, dass ich dort erfolgreich meine Botschafterfunktion erfüllt habe. Ich nahm immer aktiv am sozialen Leben teil; ob in der Schule oder mit Freunden oder in der Familie, ich habe immer gerne von Zuhause erzählt, Fragen beantwortet, mich ausgetauscht und meine Erfahrungen mit anderen geteilt. Es hat Spaß gemacht, anderen von unserer Kultur zu erzählen und mit Leuten zu disku-

tieren, die eine andere Meinung haben. Egal ob es dabei um die U.S.A. oder um Deutschland ging, ob man über andere Religionen sprach oder einfach nur über andere Gewohnheiten.

Ich habe viel gelernt in dieser Zeit, habe erfahren dürfen, zum Beispiel wie stolz die Amerikaner auf ihr Land sind. Jeden Morgen wurde das Treuegelöbnis gegenüber der Nation und der Flagge der Vereinigten Staaten, die „Pledge of Allegiance“ aufgesagt; wenn man bedenkt, dass man von unseren Nationalspielern noch nicht einmal erwartet, dass sie die Nationalhymne mitsingen, ist das schon erstaunlich, finde ich.

Nun bin ich wieder in Deutschland und um einige Erfahrungen reicher. Ich denke noch oft an all die Freunde, die Bekannten, meine Lehrer und natürlich an meine Gastfamilie. Es sind großartige Erinnerungen, die mein Jahr in Amerika unvergesslich machen!

Erfolgreiche „Themenwoche gegen Rechts“ der Kalker SPD

Diskussionen mit Prof. Frank Decker und NRW-Innenminister Ralf Jäger

Mit großem Zuspruch haben die SPD im Stadtbezirk Kalk sowie die SPD-Bezirksfraktion Anfang September ihre „Themenwoche gegen Rechts“ durchgeführt. Ziel war es, auf zwei Veranstaltungen unterschiedliche Aspekte zu beleuchten: mit dem bekannten Politikwissenschaftler **Prof. Frank Decker** aus Bonn einen wissenschaftlichen und mit NRW-Innenminister **Ralf Jäger** einen politikpraktischen.

Hintergrund waren nicht zuletzt die noch in schlechter Erinnerung gebliebenen Aufmärsche der „pro Köln“-Bewegung Anfang des Jahres in Kalk. Immer wieder im Fokus stand die Frage nach dem Umgang einer demokratischen und freiheitsliebenden Zivilgesellschaft mit rechten, demokratie- und menschenfeindlichen Ideologien.

Der Innenminister wies auf die jüngsten Verbote rechtsextremistischer Kameradschaften in NRW hin, welche für vielerlei Straftaten Verantwortung tragen. Durch das Verbot können ihnen Mittel und Wege abgegraben werden, doch würden Verbote allein nicht das Übel an der Wurzel bekämpfen. Dies könne nur mit konsequenter Aufklärungsarbeit geleistet werden. Außerdem solle der Verfassungsschutz so reformiert werden, dass es zu einer besseren Vernetzung zwischen den einzelnen Behörden

führt und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz wieder hergestellt werden kann.

Prof. Decker empfahl als Bekämpfungsstrategie „eine Mischung aus Repression, gutem Regieren und gesellschaftlicher Aufklärung“. Die SPD in Kalk möchte mit der Themenwoche einen Aufschlag liefern, um für einen bunten und toleranten Stadtbezirk einzustehen.



Diskutierten in Kalk über politische Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus: Prof. Frank Decker, Stadtbezirksvorsitzender Marco Pagano und Martin Dörmann

Bundesverdienstkreuz für Robert Jäger

Vorbildliches Engagement für den Kalker Stadtgarten

Am 4. September erhielt der Kalker **Robert Jäger** die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. In einer feierlichen Zeremonie verlieh Oberbürgermeister **Jürgen Roters** die Auszeichnung für herausragendes Engagement. Robert Jäger setzt sich trotz eines Schlaganfalls 2009 bereits seit 10 Jahren intensiv als Vorsitzender des Vereins „Kalker Stadtgarten“ für dessen Erhalt ein. Durch Jägers aufopferungsvollen Einsatz und die Pflege der Pflanzen und Spielmöglichkeiten sei der Stadtgarten ein ganzes Stück schöner geworden, lobte Roters: „Seine besondere Hartnäckigkeit und die Beharrlichkeit, mit der er für das Gemeinwesen tätig ist, ist ein Gewinn für den Kalker Stadtteil“. Auch **Martin Dörmann** und andere Weggefährten wohnten der Zeremonie bei und beglückwünschten Robert Jäger zu der hochverdienten Ehrung.



Robert Jäger mit OB Jürgen Roters

NRW

SPD-Landesparteitag

Auf dem Landesparteitag der SPD Ende September in Münster wurde **Hannelore Kraft** mit großer Mehrheit als Landesvorsitzende bestätigt. Der Kölner **Jochen Ott** bleibt einer ihrer Stellvertreter. Aus Köln wurde zudem **Tine Hördum** neu in den Landesvorstand gewählt. Höhepunkt des Parteitages war die erste Rede von **Peer Steinbrück** als designierter Kanzlerkandidat.

→ Weitere Ergebnisse, Reden und Anträge: <http://www.nrwspd.de/>

Begegnungen zwischen Dom und Wahner Heide

Martin Dörmann besuchte in der parlamentarischen Sommerpause wieder zahlreiche Einrichtungen und Unternehmen im Wahlkreis

Seit Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit vor 10 Jahren nutzt **Martin Dörmann** traditionell die parlamentarische Sommerpause für Bürgergespräche und Besuche von Unternehmen und Einrichtungen in seinem Wahlkreis. Nachfolgend geben wir einen kleinen Einblick in einige der diesjährigen Termine.



Köln Bonn Airport

Zusammen mit der für das Thema Flughäfen zuständigen Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion **Kerstin Lühmann**, MdB besuchte er den Köln Bonn Airport. In Gesprächen mit der Flughafenleitung, darunter Airportchef **Michael Garvens**, dem Betriebsrat sowie führenden Vertretern von UPS, machten sich die beiden Abgeordneten ein Bild von der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie den Lärmschutzmaßnahmen des Flughafens. Begleitet wurden sie vom SPD-Landtagsabgeordneten **Jochen Ott**, dem Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** sowie **Christian Joisten**, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz.



Gespräch mit dem Flughafen-Betriebsrat



Führung mit Besuchergruppe im Europäischen Astronautenzentrum der ESA

Zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis fand erneut ein Besuch des Zentrums für Luft und Raumfahrt statt. Stationen des umfangreichen Programms waren diesmal das Europäische Astronautenzentrum, der Sonnenofen, das Nutzerzentrum für Weltraumexperimente sowie weitere Institute.



Altstadtrundgang „Kölner Märchen und Sagen“

Einen Spaziergang der besonderen Art durch die Kölner Altstadt bot der Rundgang „Kölner Märchen und Sagen“ unter Führung des Porzer Bezirksbürgermeisters **Willi Stadoll**.

Ernster ging es beim Besuch der Luftwaffenkaserne Wahn zu. Kasernenkommandant **Herfried Martens** und der Standortälteste **Günter Giesa** erläuterten zunächst die Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den Standort. Anschließend sprach Martin Dörmann mit Bundeswehrsoldaten über ihren Einsatz in Afghanistan. Dabei beeindruckten ihn das große Engagement und die hohe Identifikation der Soldaten mit dem Land und ihrem Auftrag. Ange-

sichts der geschilderten Probleme, gerade auch für die Einsatzkräfte, sah er sich in der Einschätzung bestätigt, dass eine geordnete Abzugsperspektive der richtige Weg ist.



Diskussion in der Kaserne Wahn zum Afghanistaneinsatz mit Bundeswehrsoldaten und Willi Stadoll

Dem Thema Wirtschaft widmete er sich bei Besuchen ortsansässiger Unternehmen. So traf sich Martin Dörmann in Westhoven mit dem Generaldirektor für Peugeot und Citroën **Olivier Dardart** und in Eil mit dem Regionalleiter der REWE Group GmbH, **Joachim Ax**. Bei den Gesprächen mit weiteren Firmenvertretern ging es sowohl um branchenrelevante Themen als auch um die Bedeutung der beiden Unterneh-

menssitze für Porz und die Stadt Köln.

Da sich Martin Dörmann vor einigen Jahren vorgenommen hat, nach und nach das gesamte Naturschutzgebiet der Wahner Heide zu durchwandern, startete in diesem Sommer die 4. Etappe zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Wie immer unter fachkundiger Führung des Journalisten **Jürgen Schumann**, einem ausgewiesenen Heidekenner und Dokumentarfilmer. Nach Nord-, Wolfs- und Südheide ging es in diesem Jahr in die Ostheide.



Heide-Wanderung mit Jürgen Schumann

Die Route bildete den Abschluss des Sommerprogramms. Insgesamt brachten die Begegnungen wieder viele neue Erkenntnisse und Kontakte für die weitere Arbeit als Abgeordneter.



Besuch im schwul-lesbischen Jugendzentrum „anyway“

Beim Besuch im schwul-lesbischen Jugendzentrum „anyway“ berichteten mehrere ehrenamtlich tätige Jugendliche sowie Leiter **Thomas Haas** und **Jürgen Piger** (Beauftragter für HIV Prävention für schwule Jugendliche) von ihrem Alltag im Umgang mit homosexuellen Jugendlichen. Vorgestellt wurden hierbei mehrere besondere Projekte, darunter ein Email-Beratungsservice von Jugendlichen für Jugendliche, das Medienprojekt „JuLiAn – junge.liebe.anders“ und das Fußballteam „Hot Shots“.

Europa stärken – Zukunft sichern

Nachhaltige Politik für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung

Vortrag und Diskussion mit:

Martin Schulz, MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments

Dienstag, 13. November 2012, 17 bis 19 Uhr

Gürzenich Köln, Kleiner Saal (EG)

Martinstraße 29-37, 50667 Köln (Innenstadt)



„Integration geht uns alle an“: Diskussion mit Aydan Özoğuz, MdB

Die Reihe „Fraktion vor Ort“ der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten stand Ende August in Deutz unter dem Motto „Zukunftsdialog Integration“. Gastrednerin zu diesem Thema war die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Aydan Özoğuz**, die zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD ist.



Nach einer gewohnt launigen Eröffnung durch **Prof. Karl Lauterbach** erläuterte Aydan Özoğuz zuerst einmal einige Zahlen und Fakten. Von den knapp 82 Mio. Einwohnern Deutschlands haben mittlerweile etwa 19 Prozent Bürger einen Migrationshintergrund. Kamen im Jahre 2010 noch die meisten Menschen aus der Türkei neu hinzu, waren Polen und Rumänien die Spitzenreiter 2011. Aber auch die Schulden- und Finanzkrise in der EU zeichnet sich deutlich in den Zuwanderungszahlen ab. So kamen 2011 rund 90% mehr Einwanderer aus Griechenland und 50% mehr aus Spanien.

Betrachtet man ausschließlich die Zahlen in Nordrhein-Westfalen, zeichnet sich ein ähnliches Bild. Von den 18 Mio. Menschen haben gut 24% einen Migrationshintergrund.

Aufgrund dieser Zahlen verfolgt die SPD konsequent ihre Forderungen zur Förderung der Integration all dieser Menschen. „Bildung und Sprache sind der Schlüssel zur Integration“, betonte Özoğuz eindringlich. Entscheidend für gelungene Integration sei die Förderung bereits vom Kindesalter an. Dies funktioniere nur über den Ausbau von Möglichkeiten bereits für Kleinkinder in der Kita oder Krippe bis hin zur Schule und Berufsschule.

Auch deshalb sage die SPD „Nein!“ zum Betreuungsgeld!

Denn dies sei eher kontraproduktiv. Bessere Berufsvorbereitung in Schulen sowie die Ganztagschule seien Konzepte, die unbedingt vorangetrieben werden müssten, um mehr gelungene Eingliederung gewährleisten zu können.

Weitere Forderungen sind außerdem die Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft, das Wahlrecht für Menschen aus Drittländern so wie die leichtere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Özoğuz ließ es sich nicht nehmen, im Rahmen ihres Vortrages auch den Islam zum Thema zu machen. „Dialog statt Angst“, lautete hier ihre Aufforderung an die Zuhörer. Eine zentrale Rolle spiele hierzu beispielsweise der Religionsunterricht an Schulen und die Einrichtung von Lehrstühlen zur islamischen Religionslehre an deutschen Universitäten. In der abschließenden Talkrunde, moderiert von **Martin Dörmann**, stellte sie sich den Fragen des Auditoriums.



Marco Pagano, Aydan Özoğuz und Martin Dörmann diskutierten in Deutz über Integrationspolitik. Zuvor besuchten sie gemeinsam die Kölner Ausländerbehörde in Kalk und sprachen dort mit der Leiterin über Erfahrungen und Handlungsbedarfe aus Sicht der Stadt Köln.

Veranstaltung mit Prof. Paul Welfens zur Zukunft des Euro

Die Kammeroper in Rodenkirchen war gut besucht: über 60 Personen folgten der Einladung von **Martin Dörmann** und **Tine Hör dum** zur gemeinsamen Veranstaltung des „Forums Bundespolitik“ und des Europaforums der KölnSPD. Gast war Ökonom **Prof. Dr. Paul J.J. Welfens** vom Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Uni Wuppertal.

Zum Veranstaltungsthema „Die Zukunft des Euro“, zugleich Titel seines kürzlich erschienen Buches, stellte Welfens fest: „Die Krise des Euros betrifft nicht nur uns in Europa.“ Er erläuterte, dass es eine Verbindung zwischen der Bankenkrise 2008 in Amerika, England und in der EU sowie der Staatsfinanzierungskrise sowie einer möglichen Rezession gebe.

Seine Hauptbefunde fasst Welfens wie folgt zusammen: Die Euro-Krise sei ernster Natur, jedoch wäre auch eine Dramatisierung falsch, sogar gefährlich. Die Krise wäre vorhersehbar gewesen und es hätte ein besseres Krisenmanagement geben müssen. Die Impulse aus den Vereinigten Staaten seien eher negativ, die Eurozone bleibe in Rezessionsgefahr.

Die bisherigen Bestrebungen der Bundesregierung reichen laut Welfens nicht aus, der Krise sinnvoll gegenüber zu treten. Es bedürfe umfassender Struktur reformen, um zum Beispiel den Krisenländern wie Griechenland stärker zu helfen. So sollte Griechenland - wie auch Polen und Tschechien in der Vergangenheit - stärkere und schnellere Privatisierungsanstrengungen unternehmen. Die Reformaufgaben sollten nicht aus den Augen verloren werden. Möglich wäre dies mit einer Volatilitätssteuer auf Eigenkapitalrendite. Auch EZB-Euro-Anleihen rech-

net Professor Welfens zu den wichtigen und dringenden Maßnahmen, um der Krise zu begegnen.

Gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten sei nichts einzuwenden, nur müsse für den Anleger klar sein, wo er sein Geld lasse. Welfens: „Dann müssen die Häuser eben zwei Eingänge haben, über dem einen steht dann „Bank“, über dem anderen „Casino“.“



Prof. Paul Welfens und Martin Dörmann diskutierten über Wege aus der Staatsschuldenkrise

Terminhinweis zur Reihe „Forum Bundespolitik“

Am Freitag, den 9. November, 18 Uhr ist eine Diskussion mit **Karl Lauterbach** zum SPD-Rentenkonzept geplant. Näheres hierzu demnächst auf der Homepage www.martin-doermann.de

Verabschiedung von Renate Dinkelbach: „Danke Renate!“



Nach fast 25 Jahren Tätigkeit für die Kölner SPD und ihre Bundestagsabgeordneten wurde im August **Renate Dinkelbach** in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Zur großen Feier im Hof des Hans-Jürgen Wischnewski-Hauses kamen neben dem Parteivorsitzenden **Jochen Ott** sowie den drei Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** viele Kollegen, Freunde und andere langjährige Weggefährten. Mit Reden, Liedern und Geschenken bedankten sie sich für den unermüdlichen Einsatz in der Kölner Sozialdemokratie. Nachfolgerin als Mitarbeiterin im Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten ist **Claudia Brock**.

SPD-Bundestagsfraktion legt neues Breitbandkonzept vor

Sicherung der Grundversorgung und Ausbau von Hochleistungsnetzen

Mit dem Anfang September verabschiedeten Breitbandkonzept hat die SPD-Bundestagsfraktion einen weiteren Baustein ihres Projekts „Infrastrukturkonsens“ vorgelegt. Das Positionspapier „Schnelles Internet für alle: Flächendeckende Breitbandversorgung sichern und dynamische Entwicklung beschleunigen“ wurde in einem bislang einzigartigen einjährigen Dialogprozess mit Experten aus Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und der Wissenschaft erarbeitet. Geleitet hat die Projektarbeitsgruppe **Martin Dörmann**.

Leistungsfähige Internetanschlüsse sind entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands. Der flächendeckende Breitbandausbau schafft die Voraussetzungen für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Regionen am Fortschritt und den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion will endlich eine flächendeckende Grundversorgung mit schnellen Internetverbindungen umsetzen und dies durch eine Universaldienstverpflichtung absichern. Damit würde die Nutzung klassischer Internetanwendungen

für alle ermöglicht: das Abrufen von Informationsangeboten, die Nutzung von E-Mail-Diensten, die Teilnahme an sozialen Netzwerken oder das Einkufen im Netz. Schnellstmöglich soll auch eine Qualitätsentwicklung mit Geschwindigkeiten von mindestens sechs Megabit pro Sekunde (Mbit/s) realisiert werden. Diese Bandbreite ermöglicht bereits IP-TV und „video on demand-Anwendungen“ in angemessener Qualität. Und man will den schrittweisen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen, die deutlich höhere Bandbreiten von 50 Mbit/s und mehr ermöglichen. Dafür brauchen wir wettbewerbs- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, die konsequente Nutzung von Synergieeffekten sowie bessere staatliche Fördermöglichkeiten.

Mit diesem umfassenden Konzept setzt die SPD-Bundestagsfraktion einen Kontrapunkt zur Bundesregierung, die zwar Breitbandziele formuliert, aber nicht einhält. Mit der drohenden Verschärfung einer digitalen Spaltung dürfen wir uns nicht abfinden. Deshalb will die SPD-Bundestagsfraktion den Breitbandausbau deutlich beschleunigen.

→ **Link zum Breitbandkonzept:**

www.spdfraktion.de/sites/default/files/position_schnelles_internet_fuer_alle_0.pdf



Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Ende September wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen.

Die Kölnerin Lisa Hammelrath berichtet über ihre Erfahrungen im Bundestag

Anfang August begann mein rund zweimonatiges Praktikum im Berliner Abgeordnetenbüro von Martin Dörmann. Die drei Büroräume sind im Paul-Löbe-Haus untergebracht, welches an der Spree zwischen Reichstag und Kanzleramt liegt. Eine wirklich beeindruckende Kulisse!

An meinem ersten Tag haben mich die Kollegen nicht nur freundlich begrüßt, sondern mir auch gleich eine Führung gegeben. Zum Glück, denn in den verschiedenen Gebäuden - die alle durch Brücken, Gänge und Tunnel verbunden sind - hätte ich mich alleine sonst sicherlich früher oder später verlaufen.

Auf die räumliche Orientierung folgte direkt die inhaltliche: Martin ist nicht nur Mitglied im Wirtschaftsausschuss, sondern auch medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und vertritt die Fraktion daher in vielen verschiedenen Gremien. Medienpolitik ist sehr schnelllebig. Daher war es für mich wichtig, mich in einige aktuelle Themen einzuarbeiten. So konnte ich in den darauffolgenden Wochen im Büro auch inhaltlich mitarbeiten und die Diskussionen auf Veranstaltungen besser nachvollziehen.

Neben einigen langfristigeren Aufgaben konnte ich das Büroteam im Laufe meines Praktikums im Beantworten von Bürgeranfragen, Erstellen von Terminvorbereitungen und im Recherchieren unterstützen. Auch haben sich die Kollegen immer wieder Zeit genommen, mir die Abläufe im Haus und die politischen Hintergründe zu erklären.

Dadurch war ich gut vorbereitet, als im September die Sitzungswochen im Deutschen Bundestag an-

standen. Diese Zeit verbringt Martin komplett in Berlin und ist terminlich immer sehr eingespannt. Neben einem Besuch der Plenardebatte durfte ich Martin zu vielen seiner Termine begleiten. Etwa zu mehreren Diskussionsrunden zum Thema Breitbandausbau oder zu einem vom Bundeswirtschaftsministerium organisierten „Runden Tisch Presse Grosso“. Auch an einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses konnte ich teilnehmen.

Dabei habe ich nicht nur viele interessante Debatten mitbekommen, sondern auch gelernt, wie zeitintensiv die Arbeit eines Abgeordneten in Berlin ist. Auch inhaltlich konnte ich viel mitnehmen: Gerade mit den juristischen Hintergründen der Medi-

enpolitik konnte ich mich an vielen Stellen auseinandersetzen und so viele spannende Erkenntnisse für mein Jura-Studium gewinnen.

In den sechs Wochen in Berlin hatte ich die Chance einen sehr interessanten Einblick in den Alltag eines Bundestagsabgeordneten und die Berliner Politikwelt zu erhalten. Ich bin sehr dankbar für die spannende Zeit, die ich im Berliner Büro erleben durfte und bin mir sicher, dass ich Berlin nicht für immer den Rücken kehre.

Lisa Hammelrath (21) studiert Rechtswissenschaft an der Universität zu Köln.

Das Berliner Team auf dem Foto unten: Marcel Röthig, Martin Dörmann, Lisa Hammelrath, Stefan Stader, Matthias Dahlke (v.l.)



Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern

Die SPD hat einen federführend von **Martin Dörmann** entwickelten Antrag „Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern - Vielfalt der Medienlandschaft erhalten und Qualität im Journalismus“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Die Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien sind nicht nur unverzichtbar für die freie Willensbildung jedes Einzelnen, sondern auch für die demokratische, offene und pluralistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Der Schutz der Kommunikationsgrundrechte und die Sicherstellung der Medienfreiheit und Medienvielfalt stellen daher die tragenden Prinzipien der Medienpolitik dar, ebenso wie die Förderung der Qualität von Medienangeboten. Unabhängige und vielfältige Medien sind Grundpfeiler einer lebendigen und funktionierenden Demokratie und Voraussetzung für die private und öffentliche Meinungsbildung. Nur mit qualitativ hochwertigen und umfassenden Informationszugängen ist es Bürgerinnen und Bürgern möglich, an politischen und gesellschaftlichen Debatten teilzunehmen. Eine freie, unabhängige und vielfältige Medienlandschaft sowie ein qualitativ hochwertiger Journalismus sind somit tragende Säulen einer informierten und pluralistischen Gesellschaft.

Mit der Digitalisierung, der weltweiten Vernetzung und der Konvergenz der Medien gehen immense Chancen, aber auch große Herausforderungen für die Medienlandschaft und im Hinblick auf die Sicherung der Medien- und Kommunikationsfreiheiten einher. In den vergangenen Jahren hat sich die Medien- und Kommunikationslandschaft erheblich verändert. Zwar zeichnet sich Deutschland auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern noch immer durch eine vielfältige und qualitativ hochwertige Medienlandschaft aus. Die Digitalisierung hat jedoch insbesondere die Presse vor große wirtschaftliche und publizistische Herausforderungen gestellt.

Hieraus ergeben sich auch erhebliche Konsequenzen für die Medienpolitik. Der Schutz der Kommunikationsgrundrechte gehört daher ebenso zu den Grundprinzipien der Medienpolitik, wie die Sicherung der Meinungs- und Medienvielfalt. Im jüngsten Medienbericht der Bundesregierung wird eine möglichst große Vielfalt von Medien-

angeboten und Meinungen als „Lebenselixier der Demokratie“ bezeichnet. Dies gilt ebenso für ein qualitativ hochwertiges Medienangebot. Der Staat ist verfassungsrechtlich verpflichtet, Vielfalt zu sichern, und gehalten, Rahmenbedingungen für die Medienunternehmen zu schaffen, die die Entwicklung und Erhaltung qualitativ hochwertiger Angebote ermöglichen und fördern.

Seitens der Koalition wird in Sonntagsreden immer wieder die Freiheit und Vielfalt der Presse beschworen, es fehlen jedoch bis heute konkrete Taten. Die Debatte um die Lockerung des Pressefusionsrechts, wie auch um die Einführung eines Leistungsschutzrechtes überlagert die viel grundsätzlichere Frage, wieviel Journalismus und unabhängige journalistische Beobachtung die Gesellschaft sich leisten und vor allem wie sie diese finanzieren will.

Angesichts der gravierenden Veränderungen und Herausforderungen sind weitere Instrumente notwendig, um die Vielfalt der Medienlandschaft und die Qualität der Medienangebote sicherzustellen. Im Kern geht es nicht nur um Verwertungsketten und um neue Geschäftsmodelle, sondern um die Frage, wie wir einen freien, unabhängigen und qualitativ hochwertigen Journalismus in der digitalen Gesellschaft erhalten und finanzieren wollen. Wenn der qualitativ hochwertige Journalismus von so grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft und Demokratie ist, muss umfassend die Frage diskutiert werden, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit die Presse ihre öffentliche Aufgabe erfüllen kann.

Mit ihrem Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge unterbreitet, um die Freiheit der Medien zu sichern, die Vielfalt und die Qualität des Journalismus zu wahren. Dabei verstehen sich diese Vorschläge nicht als abschließende Aufzählung konkreter Lösungsansätze, sondern als Auftakt zur Diskussion. Wir werden das Gespräch mit den Journalistinnen und Journalisten, den Medienverbänden und den Medienunternehmen suchen und diese und weitere denkbare Modelle diskutieren. Hierzu laden wir herzlich zur Mitarbeit ein.

→ **Link zum Antrag:** <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/107/1710787.pdf>

Alle Bürgeranfragen bei „abgeordnetenwatch“ beantwortet

Zum dritten Mal in Folge Bestnote für Martin Dörmann

Vor der parlamentarischen Sommerpause erhielten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf dem Internetportal „abgeordnetenwatch.de“ Zeugnisse über ihre Antwortbilanz. Dabei ging es um die Frage, welcher Abgeordnete in den zwölf Monaten ausnahmslos jede Bürgerfrage beantwortet hat („sehr gut“) und wer mit einer mangelhaften Ant-

wortbilanz enttäuschte. Von den 620 Abgeordneten bekamen in diesem Jahr 256 Abgeordnete die Note „sehr gut“, darunter erneut **Martin Dörmann**. Im Vergleich der Fraktionen schnitten insgesamt SPD-Abgeordnete mit einer Durchschnittsnote von 2,2 am besten ab.

Sozialdemokraten setzen auf das „Projekt Zukunft“

Wie wollen wir morgen leben? Wie sieht ein gerechtes Deutschland im Jahre 2020 aus? Getreu Willy Brandts Motto "Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie zu gestalten" luden die Sozialdemokratinnen und -demokraten am 14. und 15. September zu ihrem zweitägigen Zukunftskongress ins Berliner Paul-Löbe-Haus. In acht Foren wurden wichtige Projekte diskutiert, die Stützpfeiler der Gesellschaft sind. Die Ergebnisse der Projekte entstanden in den vergangenen Monaten unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, im Diskurs mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern, Gewerkschaften und Verbänden. Gemeinsam ergeben sie Bausteine eines Regierungsprogramms für 2013.

Am Freitagmittag begann der Kongress mit einem Grußwort des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers und SPÖ-Chefs **Alfred Gusenbauer**. Er mahnte zur beständigen Zusammenführung von Ökonomie und Politik, um allen Menschen Teilhabe an den Ressourcen und Produktionsmitteln zu ermöglichen. Nach einzelnen Themenforen war die Rede von DGB-Chef **Michael Sommer** ein weiterer Höhepunkt.



Der Samstag war geprägt von drei großen Diskussionsrunden zu den Themen Gerechtigkeit, Wohlstand und Demokratie, in denen jeweils hochrangige Gäste mit SPD-Politikerinnen und -Politikern debattierten. **Frank-Walter Steinmeier** sagte in seiner zentralen Rede, Deutschland liege innenpolitisch "in Agonie". Der "Schlachtenlärm der Koalition" verdecke die Leere. Die Koalition "erntet auf Feldern, auf denen sie nie gesät hat". Dem wolle die SPD etwas entgegensetzen - etwas mit Hand und Fuß, Konzepte für das nächste Jahrzehnt. Er summierte die acht Schwerpunktbereiche des "Projektes Zukunft", die alle etwas gemeinsam hätten: Haltung. Eine Haltung, die dieses Land gestalten will und kann. "Wir wollen vorneweg gehen, nicht als Juniorpartner in einer Großen Koalition", sagte Steinmeier unter großem Beifall. Er ergänzte: "Wir haben die Vision von einem Land, in dem Wohlstand für alle möglich ist".

Steinmeier konstatierte, dass Rot-Grün die Koalition für die Zukunft sei, nicht zuletzt, weil sie ihre Kraft zu Erneuerung bereits erfolgreich bewiesen habe.

Nun gehe es darum, die Fragen der Zukunft zu beantworten. Im Unterschied zu der Situation vor zehn Jahren, in der die Sozialdemokraten das Land aus einer Schwächesituation heraus reformierten, können sie das nun aus einer Situation der Stärke heraus. Steinmeier: "Dieses Land braucht eine neue Regierung. Wir spielen auf Sieg, nicht auf Platz!"

In einem Rundumschlag gegen Schwarz-Gelb sagte der ehemalige Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück**, Angela Merkel agiere wie Alice im Wunderland. Ihre Politik verhindere die Spaltung am Arbeitsmarkt nicht, und auch nicht die Flucht der Abgehängten wie der Eliten in Parallelgesellschaften. Insbesondere die Eliten zögen sich aus ihrer Verantwortung immer weiter zurück, weil sie kaum auf öffentliche Güter wie Kultur, Bildung oder Infrastruktur angewiesen seien, also auch wenig Interesse an deren Finanzierung hätten. Steinbrück plädierte für Steuererhöhungen bei sehr Vermögenden, um die Schuldenbremse einzuhalten, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, die öffentliche Infrastruktur auszubauen und die Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Alle Politik der SPD sei letztlich Gesellschaftspolitik. Und die wiederum bilde die Bindekraft der Gesellschaft. "Diese Qualität stellen wir in spätestens zwölf Monaten der CDU/CSU, vor allem aber der FDP entgegen."

Zum Abschluss des zweitägigen Kongresses sprach SPD-Parteichef **Sigmar Gabriel** unter anderem über die Zukunft Europas, die Finanzkrise und den bevorstehenden Bürgerdialog der SPD: "Im Internet, in Bürgerkonferenzen vor Ort und ganz traditionell per Post bitten wir die Menschen in unserem Land um ihre Meinung. Übrigens mit einer ganz einfachen Frage: Was soll besser werden in unserem Land?"

Anfang 2011 hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Arbeitsprozess begonnen, der unter dem Titel „Projekt Zukunft - Deutschland 2020“ zentrale Herausforderungen für eine gute Zukunft unseres Landes identifiziert.

In acht Leitprojekten sind aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern und anderen wichtigen Akteuren der Gesellschaft Beiträge für ein Modernisierungsprogramm für Deutschland entstanden.

Das Ergebnis ist die Broschüre „Deutschland 2020: So wollen wir morgen leben“, die unter www.spdfraktion.de/ heruntergeladen werden kann.

SPD geht in der Frage der Bändigung des Finanzsektors in die Offensive

Am 26. September hat Ex-Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** sein Konzept zur „Bändigung der Finanzmärkte“ vorgelegt. In dem 30-Seiten-Papier greift er die Bundesregierung scharf an: Kanzlerin Merkel agiere „im Zeitlupentempo“ und tue nichts, um eine neue Weltfinanzkrise zu verhindern. Er legt konkrete Vorschläge vor, welche Maßnahmen angesichts der Herausforderungen zu tätigen sind. SPD-Chef **Sigmar Gabriel** begrüßte Steinbrücks Thesen: „Hier zeigt sich klar, wofür die SPD steht: Die Bundestagswahl 2013 wird zur Entscheidung über die Bändigung des Banken- und Finanzsektors.“

„Die Finanzmärkte haben Maß und Mitte verloren“, kritisiert Steinbrück im Vorwort seines Papiers. Aus der letzten Finanzkrise hätten weder die Bundesregierung noch die Finanzmärkte gelernt: „Die Gewinne von Banken befinden sich nach einem Einbruch nahezu wieder auf Vorkrisenniveau. Die Dividendenausschüttungen verzeichneten ohnehin kaum einen Rückgang.“ Hinzu kämen „individuelle Verfehlungen und Exzesse bis hin zu schlicht kriminellem Verhalten Einzelner: Einige Banken manipulieren Zinsen für Geschäfte untereinander, um zusätzliche Gewinne generieren zu können, einige fördern sogar Steuerbetrug oder zählen kriminelle Organisationen oder politisch fragwürdige Regime zu ihren Geschäftspartnern.“

Die Finanzkrise habe „sehr viel mehr gekostet als Geld“, so der SPD-Politiker weiter: „In den Augen vieler Bürger verletzt sie Gerechtigkeitsgebote und den Sinn für Maß und Mitte. Sie wenden sich ab, weil sie den Eindruck haben, dass die Politik nur noch getrieben und erpressbar ist.“ Dabei dürfe sich auch die Politik nicht aus der Verantwortung für den Vertrauensverlust der Bürger in das Finanzsystem stehlen, so Steinbrück: „Die Politik wird sich eingestehen müssen, dass manch Missstände und Fehlentwicklungen nicht zuletzt auf ihr Zusammenwirken mit Banken oder Fehlanreize für Banken zurückzuführen sind.“ Das gelte u.a. „für die Ideologie der Deregulierung, die Politik des ‚billigen Geldes‘, die wirtschaftspolitische Förderung eines hemmungslosen Baubooms wie in Spanien“.

Ihm gehe es „um die Herstellung eines neuen Gleichgewichtes zwischen Eigeninteressen und Gemeinwohl“ so der Ex-Finanzminister. „Politik hat die Aufgabe, einerseits die Funktionsfähigkeit von Finanzmärkten und ihre Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft und Privatkunden zu gewährleisten. Sie hat andererseits die Aufgabe, die Verpflichtung aller Marktteilnehmer auf das Gemeinwohl durchzusetzen.“

Konkret fordert Steinbrück:

- **Geschäfts- und Investmentabteilungen** von Großbanken wie der Deutschen Bank sollen strikt **getrennt** werden.
- Die beschlossene **Finanztransaktionssteuer** (Spekulationssteuer) müsse „frühzeitig europaweit eingeführt werden mit einer breiten Bemessungsgrundlage und

Steuersätzen von 0,1 % für den Handel mit Anteilen und Anleihen bzw. 0,01 % für den Handel mit Derivaten“.

- Banken sollen wieder Pleite gehen können, statt mit Milliarden vom Staat gerettet zu werden. Ein **Bankenfonds** soll die „Abwicklung“ von Pleitebanken regeln.
- Dieser europaweite Restrukturierungsfonds, eine Art **Banken-ESM**, soll nicht aus Steuergeld sondern von den Banken selbst errichtet wird, um systemrelevante Banken im Notfall zu retten. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen dagegen auf ihre bewährten Haftungssysteme zurückgreifen dürfen.
- **Schattenbanken** (Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds, Investmentfonds wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds oder Finanzierungsgesellschaften) sollen ebenso **strikt kontrolliert** werden wie normale Banken.
- **Spekulationen mit Derivaten** (Marktvolumen weltweit: 500 Billionen Euro) sollen **schärfer überwacht** und weitestgehend auf kontrollierte Marktpartner (z.B. Börsen) beschränkt werden.
- Banken und Schattenbanken sollen **Spekulationsgeschäfte auf Rohstoffe** (Agrarrohstoffe, Nahrungsmittel und Energierohstoffe) **verboten** werden. Der Handel mit Kreditderivaten und Leerverkäufe sollen ebenfalls verboten werden.
- Der **Hochfrequenzhandel mit Wertpapieren** (Kauf und Verkauf binnen Millisekunden) soll so weit wie möglich **unterbunden** werden.
- Die **Einrichtung einer europäischen Ratingagentur** soll die Marktmacht privat wirtschaftender US-Ratingsfirmen beschränken, deren Herabstufungen ganze Länder an den Rand des Ruins treiben können.
- Die **Beleihung von Immobilien** soll auf 80 Prozent des Immobilienpreises **begrenzt** werden, um Immobilienblasen wie in den USA zu verhindern.
- **Bonus-Zahlungen an Bankmanager** sollen gesetzlich begrenzt und an den langfristigen Erfolg der Geldinstitute gekoppelt werden .
- Eine **Europäische Bankenaufsicht** unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) soll sämtliche Großbanken kontrollieren. Die EZB soll dazu Personal aus nationalen Bankenaufsichten (Bundesbank, BaFin) unterstellt bekommen und gegenüber nationalen Behörden weisungsbefugt sein. Lediglich kleine und mittlere Banken sollen weiter einer nationalen Aufsicht unterstehen.

Steinbrücks Resümee: „Banken sind Dienstleister und keine Zockerbuden, die mit fremder Leute Geld hohe Einsätze wagen, um unter Vernachlässigung der Interessen ihrer Kunden und ihrer Eigenkapitalbasis extreme Renditen zu erzielen, die in Form von Boni an das Management und in Form von Dividenden an die Aktionäre fließen.“

Entwurf für ein neues Rentenkonzept

Am 24. September hat der SPD-Parteivorstand einen Antrag zum neuen Rentenkonzept verabschiedet. Über Fragen des künftigen Rentenniveaus und der Beitragsentwicklung will die SPD noch weiter diskutieren. Der Beschluss zum Gesamtkonzept soll schließlich am 24. November erfolgen – dann entscheiden die Delegierten beim SPD-Parteikonvent.

Die gesetzliche Rentenversicherung soll wieder eine tragende Säule der Alterssicherung werden. Dafür bietet das Konzept die richtigen Antworten, so Parteichef **Sigmar Gabriel**. Er sprach von einer „leidenschaftlich geführten dreieinhalbstündigen Debatte“ im SPD-Führungsgremium. Es sei richtig, dass die SPD den Kampf gegen die Altersarmut aufgenommen habe.

Die Eckpunkte für das SPD-Rentenkonzept berücksichtigen mehrere Bedingungen für eine verlässliche und gute Alterssicherung: Im Arbeitsleben gute Löhne und Schutz für Menschen, die bislang außen vor blieben. Eine Solidarrente für alle, die lange gearbeitet haben. Menschenwürdige Übergänge in den Ruhestand. Und ergänzend eine bessere Förderung von Betriebsrenten. Jetzt werden die Vorschläge in der SPD diskutiert.

„Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen“, heißt es in dem fünfseitigen Papier. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro und die Stärkung der Tarifbindung mit höheren Löhnen und Gehältern sind als wichtige Grundlage genannt. Auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – zwischen Frauen und Männern und im Bereich der Leih- und Zeitarbeit. Und die SPD will dafür sorgen, dass alle Menschen die Chance auf gute Arbeit und Einkommen haben: mit einer wachstumsorientierten Industriepolitik, mehr Ausbildungsplätzen, besserer Bildung und Kinderbetreuung.

Kernpunkte des Antrages sind:

1. Solidarrente

Sie soll nach 30 Beitragsjahren auch nach längerer Arbeitslosigkeit oder geringfügiger Beschäftigung einen Mindestanspruch von 850 Euro im Monat garantieren. Für alle, die trotz 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren nicht auf diesen Betrag kommen, soll im Sozialrecht eine zweite Stufe der Grundsicherung eingeführt werden.

2. Neues beim Rentenzugang

Wer 45 Versicherungsjahre - nicht Beitragsjahre - aufweist, soll auch schon vor dem 65. Lebensjahr ohne Einbußen in Rente gehen können. Bislang erhalten Beschäftigte nur dann die volle Rente, wenn sie 45 Jahre in die Versicherung eingezahlt haben und 65 Jahre alt sind.

3. Erwerbsminderungsrente

Bezieher sollen keine Abschläge mehr hinnehmen. Bislang wird der Betroffene dabei so gestellt, als habe er bis

zum 60. Lebensjahr weitere Beiträge zur Rente gezahlt. Die Zeit zwischen Eintritt der Erwerbsminderung und dem 60. Lebensjahr wird "Zurechnungszeit" genannt. Diese Zeit will die SPD in einem Schritt bis zum 62. Lebensjahr verlängern. Zudem soll die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren für den Eintritt in die Erwerbsminderung besser bewertet werden.

4. Teilrente

Beschäftigte in körperlich und psychisch belastenden Berufen sollen ab dem 60. Lebensjahr auf das neue Modell zurückgreifen können. In Zehn-Prozent-Schritten kann danach die Arbeit bis zu 70 Prozent reduziert werden.

5. Kindererziehungszeiten

Ihre Anerkennung will die SPD für alle Neurentner vereinheitlichen. Bislang sind Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bei der Rentenberechnung schlechter gestellt.

6. Solo-Selbstständige

Für Freiberufler, die ohne Rentenvorsorge sind und deshalb häufig in Altersarmut landen, soll es ein eigenes Beitragssystem geben. In den ersten Jahren nach Gründung eines Unternehmens könnte für sie Beitragsfreiheit gelten.

7. Betriebliche Altersversorgung

Sie soll als Ausgleich für die Absenkung des Rentenniveaus - von jetzt gut 50 auf 43 Prozent bis 2030 - massiv ausgebaut werden. Als "zweite Stufe" neben der Rentenversicherung soll sie weitgehend die Riester-Rente ersetzen. Geplant ist eine "Betriebsrente Plus", in der jeder Arbeitnehmer, falls er nicht ausdrücklich widerspricht, zwei Prozent seines Bruttolohns einzahlt. Der Staat soll diesen Sockelbetrag mit 400 Euro im Jahr fördern. Auch die Unternehmen sollen sich beteiligen.

8. Finanzierung

Die Mehrkosten für die Betriebsrenten gegenüber heutigen Fördermodellen werden auf sechs Milliarden Euro im Jahr geschätzt. Für die Solidarrente werden jährlich ansteigend etwa eine Milliarde veranschlagt, für die Kindererziehungszeiten 150 Millionen im Jahr. All dies soll durch Steuereinnahmen finanziert werden. Zudem soll die Erwerbsminderungsrente von 500 Millionen in 2014 auf 7,7 Milliarden in 2030 aus den Beiträgen der Versicherten erhöht werden.

9. Beiträge

Ihren Anstieg will die SPD in kleinen Schritten verstetigen. Die Sätze sollen von 2014 bis 2029 um durchschnittlich 0,4 Prozent höher steigen als bislang geplant. Damit würde aber das von der Rentenversicherung angepeilte Beitragsniveau von 22 Prozent bis 2029 nicht übersprungen.

→ **Link zum Renten-Konzept:**

www.spd.de/linkableblob/76890/data/20120924_rente_pv.pdf

Terminhinweis: Am Freitag, den 9. November (18 Uhr) wird das von **Martin Dörmann** geleitete **Forum Bundespolitik** der KölnSPD das SPD-Rentenkonzept mit **Karl Lauterbach** diskutieren. Nähere Hinweise folgen auf der Homepage www.martin-doermann.de

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarberterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Marcel Röthig

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarberterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Claudia Brock

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Die Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz, Tim Cremer,
Lisa Hammelrath, Marcel Röthig

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann: S. 2, S. 5, S. 6, S. 7,
S. 8, S. 9, S. 10, S. 11;
Büro Steinbrück: S. 1;
DLR Fotomedien: S. 6 oben;
Bundeswehrkaserne Wahn: S. 7 oben
links;
SPD-Fraktion Bildschön: S. 13.

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa
fünfmal im Jahr. Sie wird auf der
Homepage eingestellt sowie per
eMail an einen besonderen Verteiler
versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufge-
nommen werden möchte, sendet
eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des
Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-
Sonderausgaben sind auf der Ho-
mepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

